

A. Praktischer Sozialismus:

Seit Februar dieses Jahres ist die erste bei Pahl-Rugenstein erschienene Broschüre aus unserer Schriftenreihe des **Hans-Jürgen-Krahl-Instituts** im Buchhandel oder direkt über uns erhältlich. In diesem Essay stellen wir unseren Strategievorschlag eines „**praktischen Sozialismus**“ als „**Antwort auf die Krise der Gewerkschaften**“ vor, so der Titel.

Wir haben hier nicht die Zeit, auf den analytischen Teil des Textes einzugehen, und wollen uns darum auf das konzentrieren, was mit „praktischem Sozialismus“ gemeint ist, und darauf, was für dessen Verständnis notwendig ist.

1. Das, was wir unter ‚**praktischem Sozialismus**‘ verstehen, ist sehr einfach zu erklären. Lohnarbeiter und so genannte Arbeitslose schließen sich in einer Organisation zusammen. Die vormals Arbeitslosen produzieren in dieser Organisation eigenen Betrieben und die Lohnarbeiter führen weiterhin Arbeitskämpfe, nun aber mit dem Ziel der Übernahme des kapitalistischen Betriebes in dieselbe Organisation. Das gemeinsame Vermögen aus den erfolgreichen Arbeitskämpfen und den Gewinnen der eigenen Produktion wird für den weiteren Aufbau verwendet in dem strategischen Bewusstsein über den Endzweck: der vollständigen Ersetzung des Kapitalverhältnisses durch die selbstorganisierte Produktion der unmittelbaren Produzenten. Die selbstorganisierte Produktion wird nach den jeweiligen taktischen Notwendigkeiten Waren für den Markt oder Güter für den Bedarf der Organisierten herstellen. Im Verlauf dieser Entwicklung unterstützt die organisationseigene Produktion durch materielle Mittel und als Konkurrent des bestreikten kapitalistischen Betriebes die Arbeitskämpfe der Lohnarbeiter, so wie die Lohnarbeiter ihrerseits die in der gemeinsamen Organisation produzierenden vormals Arbeitslosen durch die produktive Verwendung der Streikkasse unterstützen und dadurch, dass sie die Marktposition der organisationseigenen Betriebe stärken, indem sie durch Arbeitskämpfe in den konkurrierenden kapitalistischen Betrieben diese schwächen.

Dadurch, dass im ‚**praktischen Sozialismus**‘ sowohl die Konkurrenz unter den Arbeitskräfteanbietern aufgehoben ist, wie auch dadurch, dass die unmittelbaren Produzenten sich schrittweise die gesellschaftlichen Produktionsmittel zu ihrer Verfügung aneignen, sind die notwendigen Bedingungen zur bewussten, kollektiv selbstbestimmten historischen Produktion geschaffen.

Unter historischer Produktion verstand Marx die Produktion von Produktionsverhältnissen und Verkehrsformen. Der ‚**praktische Sozialismus**‘ schafft also die Bedingungen der Möglichkeit einer bewussten Einrichtung und Gestaltung der Gesellschaft durch die unmittelbaren Produzenten. Aber er ist diese neue Gesellschaft nicht selbst. Wir nennen ihn daher eine historische Verlaufsform.

2. Welchen positiven Inhalt hat aber das Wort **Sozialismus** für uns?

Die negative Bestimmung fällt zunächst natürlich einfacher, aber auch wenn man den **Sozialismus** vorläufig als Antikapitalismus definieren will, so steckt doch in der Auffassung, was das Kapital sei, zumindest indirekt schon auch das, was alleine die wahrhafte Negation des Kapitalverhältnisses sein kann.

Wenn wir das Kapitalverhältnis mit Hans-Jürgen Krahl in einem ersten Anlauf als die Fremdbestimmung des Einzelnen durch ein abstraktes Allgemeines zu begreifen versuchen, und wir unseren politischen Willen als den Willen zur Aufhebung dieser Fremdbestimmung des Einzelnen bestimmen, dann kann der **Sozialismus** gewiss nicht ein Zustand oder eine dogmatische Lehre sein, sondern nur ein Prinzip. Warum?

Wenn die Fremdbestimmung der Einzelnen aufgehoben werden soll, kann die Möglichkeit dazu nur gedacht werden, wenn das, was die Einzelnen fremdbestimmt, selbst in der Macht der Einzelnen liegt. Es ist also eine für die Praxis notwendige Annahme, eine Annahme der praktischen Vernunft, wie Kant sagen würde, dass die Fremdbestimmung letztlich in einem

bestimmten Verhalten der Einzelnen selbst begründet ist und folglich auch nur durch ein anderes Verhalten aufgehoben werden kann.

Dies ist im Auge zu behalten, auch dann, wenn die Dramatik der unvermeidlichen Kämpfe gegen die bestehenden Verhältnisse alle Aufmerksamkeit an sich zu reißen droht: Nur in der Unterordnung dieser Kämpfe zum Mittel des positiven Aufbaus einer neuen Gesellschaft wird der letztliche Zweck nicht verfehlt. Nicht die Kritik, die Selbstkritik ist die theoretische Hauptseite der revolutionären Tätigkeit, in der nach Marx das Sich-Verändern mit dem Umändern der Umstände zusammen fällt.

Zwar ist der Inhalt des Verhaltens, das wozu sich verhalten wird, ganz und gar durch die bestehenden Verhältnisse bedingt, es muss aber das Verhalten als Tätigkeit, die Art und Weise des Verhaltens von seinem Inhalt unterschieden werden, um dessen logische Vorrangigkeit gegenüber den Verhältnissen begreifen zu können. Anders wäre die Tatsache nicht zu erklären, dass sich zu einer bestimmten Sache unterschiedlich verhalten werden kann. Ein anderes Wort für logische Vorrangigkeit ist Prinzip, aber was ist das **sozialistische Prinzip**? Nach den bisherigen Überlegungen ist das **sozialistische Prinzip** das, was notwendig gemacht werden muss, anders zu machen, das was nur im Rahmen der Fremdbestimmung Sinn hat, gar nicht mehr zu machen, und das Neue, das für die kollektive Selbstbestimmung unerlässlich ist, zu erproben. Die kollektive Selbstbestimmung ist deshalb der Inhalt des anderen und ändernden Verhaltens, weil angesichts der Realität gegenseitiger Abhängigkeit der Einzelnen untereinander der einzig wirkliche Gegensatz zum abstrakten Allgemeinen nur das konkret Allgemeine oder Gemeinsame sein kann. Gemeinschaft oder Herrschaft! Die Gemeinschaft ist nun aber kein Verhältnis, kein zu erreichender Zustand sondern nur insoweit real, als der Einzelne sich im Angesicht auch und gerade von Notwendigkeiten gemeinschaftlich verhält.

Wenn der **Sozialismus** auch ein Prinzip ist, so hat er doch ein Ziel, das nicht, wie der Reformismus meint, der Weg ist. Dieses Verhältnis von Weg und Ziel muss nun aber als ein Verhältnis von Besonderem zu Allgemeinem gedacht werden.

3. Der praktische Sozialismus ist die Verlaufsform der Organisierung von einer sozialistischen Gemeinschaft innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zur vollständigen sozialistischen Organisation der Gesellschaft unter gegenwärtigen Bedingungen.

Auch wenn diese Verlaufsform kein bloßes Wachsen sein kann, denn jede Eingliederung der nächsthöheren allgemeinen Rahmenbedingung in die bereits vom **sozialistischen Prinzip** geleitete Gemeinschaft stellt notwendig einen qualitativen Umschlag, eine Umwälzung der inneren Struktur der sozialistischen Gemeinschaft dar, so kann es in der Verlaufsform doch auch keinen logischen Bruch geben. Das sozialistische Prinzip wird in der Verlaufsform auf die ihm in seiner Entwicklung aufs Allgemeine hin stets begegnenden jeweils neuen Bedingungen und Inhalte schöpferisch angewandt werden müssen. Insofern ist auch das universelle sozialistische Prinzip von der vorgeschlagenen Verlaufsform des praktischen Sozialismus analytisch zu unterscheiden.

Der praktische Sozialismus darf nicht dogmatisch als Revolutionsmodell missverstanden werden, vielmehr ist er nur ein Versuch der Anwendung des beschriebenen sozialistischen Prinzips auf bestimmte Bedingungen, die sich nicht ohne weiteres verallgemeinern lassen. Es hat aber die Unterscheidung zwischen sozialistischem Prinzip und praktischem Sozialismus noch eine andere wichtige Bedeutung.

4. Es ist leicht einsichtig, dass eine Theorie, die nicht schöpferisch auf neue Bedingungen und Inhalte angewandt wird, die ihr die Realität stellt, dogmatisch werden muss. Das bedeutet aber eben, dass jede Theorie, die keine praktischen Konsequenzen hat, sich dogmatisieren muss. Als Dogma aber stellt die Theorie nur die Herrschaft des abstrakt Allgemeinen über den Einzelnen unter dem Aspekt des Bewusstseins dar, mag sie sich selbst auch noch so kritisch geben. Es ist kein Antiintellektualismus zu sagen, dass es keinen Umstand geben kann, der einen Sozialisten oder eine Sozialistin daran hindern könnte, praktisch zu werden, oder der sie zu einem praxisabstinenten Theoretisieren verdammen könnte. Solche Auffassungen resultieren gerade aus einem theoretischen Kurzschluss von **sozialistischem Prinzip** und dem **Sozialismus** als Ziel. Wenn die Sozialisten sich aber dem Realitätsprinzip nicht stellen

wollen, das ihnen den konkreten historischen Inhalt ihrer politischen Arbeit vorschreibt, müssen sie zu Ideologen verkommen, die dem Lauf des **Sozialismus** nur im Wege stehen, seien sie nun Tagträumer, die von den gegebenen Notwendigkeiten, oder Doktrinäre, die von den konkreten, unmittelbaren Bedürfnissen nichts wissen wollen.

Auch das bloße, vereinzelte kritische Bewusstsein hat praktische, über den Einzelnen hinausgehende Voraussetzungen, die jeder, dem es Ernst damit ist, dem Nischendasein zu entfliehen, dem Zufall zu entreißen und der kollektiven Selbstbestimmung zu unterstellen trachten wird.

Anstatt sich ideologisch von der Masse der Menschen abzugrenzen, mit denen man doch das gleiche, das Kapitalverhältnis reproduzierende Verhalten teilt, sollten die heutigen Sozialisten, das **sozialistische Prinzip** auf ihre konkreten Bedingungen anzuwenden lernen, und so zugleich auch für die Masse der Menschen, die heute noch keine Sozialisten sind, praktischen Möglichkeiten, Alternativen schaffen, wie das Notwendige anders, nämlich gemeinschaftlich gemacht werden kann.

5. und Schluss Der Vorschlag des praktischen Sozialismus kann unserer Meinung nach den sozialistischen Gemeinschaften und den einzelnen Sozialisten im Kapitalismus strategische Orientierung geben und einen dringend notwendigen Klärungs- und Selbstverständigungsprozess innerhalb der sozialistischen Linken voranbringen.

Vielen Dank

B. Fragen an den praktischen Sozialismus

1. Frage:

Was ist mit dem Marxschen Einwand, dass „das Kooperativsystem, beschränkt auf die zwerghaften Formen, die einzelne Lohnsklaven durch ihre privaten Anstrengungen entwickeln können“, „niemals imstande“ wäre „die kapitalistische Gesellschaft umzugestalten“, und es deshalb „um die gesellschaftliche Produktion in ein umfassendes und harmonisches **System freier Kooperativarbeit** zu verwandeln“ „allgemeiner gesellschaftlicher Veränderungen, Veränderungen der allgemeinen Bedingungen der Gesellschaft“ bedürfe; konkreter: „den Übergang der **organisierten Gewalt der Gesellschaft** (...) aus den Händen der Kapitalisten und Grundbesitzer in die Hände der Produzenten selbst“?

Dieser Einwand mit seiner grundsätzlichen Aussage, dass die Kooperativbewegung ihre Grenzen hat, und darum ein politischer Kampf um die Staatsmacht unumgänglich sei, wird auch gegen den praktischen Sozialismus erhoben. Etwa wenn Jörn Boewe in seiner Rezension unserer Broschüre in der Tageszeitung Junge Welt meint, dass auch nach dem Konzept des praktischen Sozialismus „die selbstverwalteten gemeinwirtschaftlichen Unternehmen“ weiterhin „den **Zwängen des Marktes** unterworfen sein“ würden oder uns der Verdi-Kollege Werner Sauerborn in der sozialistischen Zeitung für Gewerkschafts- und Betriebsarbeit „Express“ warnend auf das „historische Scheitern“ der „gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaft“ hinweist. Aber worin lagen die Grenzen der historischen Gemeinwirtschaft genau? Mit der Beantwortung dieser Frage wirft sich zugleich eine neue auf: Treffen diese Einwände auch auf die Gemeinwirtschaft im praktischen Sozialismus zu?

Aus der Beantwortung dieser Fragen haben wir, anders als Jörn Boewe meint, nie ein Geheimnis gemacht, auch in unserer Broschüre nicht. Richtig ist, dass ein Unternehmen, das für den Markt produziert, auch dessen Zwängen unterworfen ist, also den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit, der Profitabilität, dem **Wertgesetz**. Und dass es dabei ganz gleichgültig ist, welche innere Verfassung oder Eigentumsform die einzelnen Unternehmen haben, die sich auf dem Markt als Konkurrenten gegenüberstellen. Die Folgen der „Zwänge des Marktes“ sind bekannt: die prinzipiell maßlose Ausbeutung der beschäftigten Arbeitskräfte. So dass man

auch bei einer idealen Genossenschaft, in der die Produzenten tatsächlich ihr Unternehmen selbstverwalteten, von nichts anderem als von Selbstausbeutung sprechen könnte.

Wird aber in der Gemeinwirtschaft des praktischen Sozialismus für den Markt produziert? Die gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft ist prinzipiell keinem Zwang zur Profitabilität unterworfen, ganz einfach deshalb nicht, weil sie ein abhängiges ökonomisches Verhältnis ist, ihre finanzielle Basis ist das Geld der Gewerkschaften und erst aufbauend von dieser Basis aus wird gewirtschaftet. Das Erwirtschaftete, der Profit, muss also die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen anders als bei privaten Unternehmen nicht tragen, solange diese Basis besteht.

Dieser Umstand ist im Übrigen der sachliche Grund, warum wir auch im Zusammenhang mit dem praktischen Sozialismus von Gemeinwirtschaft sprechen, auch wenn wir uns über die möglichen Missverständnisse, die dadurch verursacht werden können, im Klaren sind.

Wie ist dann aber das **Scheitern der historischen Gemeinwirtschaft** zu erklären?

Auf die Besonderheiten kann hier nicht eingegangen werden, aber die Gewerkschaften haben natürlich nicht weiter eine Gemeinwirtschaft finanziert, von der erkennbar wurde, dass sie nur einen Verlust für die Streikkasse bedeutete, sondern eben nur eine Gemeinwirtschaft, deren Gewinne die Streikkasse direkt oder indirekt durch die Verbilligung der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft anzufüllen geholfen hätte. Tut sie das nicht, so untergräbt die unprofitable Gemeinwirtschaft mittelbar auch ihre Basis, indem sie über die Schwächung der Streikkasse die Kampfkraft der Gewerkschaften schwächt. Denn die Streikkasse ist das finanzielle Rückgrad der Lohnkämpfe. Umso gefüllter die Streikkasse, um so besser die Aussicht, dass sie durch gewonnene Lohnkämpfe wieder und noch mehr gefüllt wird.

Ist also die Gemeinwirtschaft doch, wenn auch mittelbar, dem Zwang der Profitabilität unterworfen?

Richtig, nach dem bisher Gesagten dürfte einsichtig sein, dass die Gemeinwirtschaft als Geldanlage der Gewerkschaften nur dann nicht in Widerspruch zu den Lohnkämpfen gerät, die ihre eigentliche Basis bilden, wenn sie profitabel ist. Der eigentliche Grund für das Scheitern der historischen Gemeinwirtschaft ist bei näherem Hinsehen aber keine ihr immanente Schranke, sondern nichts anderes als das Wesen der sie tragenden Gewerkschaften selbst. Nur wer Phantasie genug besitzt, sich unter einer ökonomischen Klassenkampforganisation des Proletariats auch etwas anderes vorstellen zu können, als die bestehenden **Arbeitskräfteanbieterkartelle**, genannt Gewerkschaften, kann unseren Vorschlag wirklich verstehen.

Einzig durch eine Organisation gegründet auf proletarischem Klassenbewusstsein kann die gemeinwirtschaftliche Produktion als direktes Kampfmittel zur „**Expropriation der Expropriateure**“ eingesetzt werden, kann taktisch richtig entschieden werden, in welcher Situation die Produktion für den Markt strategisch sinnvoll und in welcher der Ausbau einer unmittelbaren Gebrauchswertproduktion für die Bedürfnisse der einheitlichen proletarischen Organisation möglich ist. Mehr noch, ohne proletarisches Klassenbewusstsein könnte eine solche die Konkurrenz unter den Proletarisierten aufhebende, die Einheit der Klasse herstellende Organisation gar nicht entstehen.

Unter dieser Voraussetzung allerdings hat die praktisch sozialistische Gemeinwirtschaft tatsächlich keine logische Grenze mehr, denn das Wertgesetz ändert nichts an der Tatsache, dass auch Produkte, die unter dem Durchschnitt gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit hergestellt wurden, einen Gebrauchswert haben können, der konkrete Bedürfnisse befriedigt. Wenn also die Arbeitskämpfe der Lohnabhängigen und der Produktionskampf der Lohnarbeitslosen in der Gemeinwirtschaft klassenbewusst nicht mehr mit dem Ziel höherer Löhne geführt würden, sondern um sich die Produktionsmittel für die unmittelbare

Gebrauchswertproduktion anzueignen, wäre die Gemeinwirtschaft auch nicht mehr dem Zwang zur Profitabilität unterworfen. Vielmehr hätte sich das vorher beschriebene Zweck-Mittel-Verhältnis von Lohnkämpfen und gewerkschaftlicher Gemeinwirtschaft nach dieser neuen Bestimmung umgekehrt. Ziel ist die Aneignung von und die kollektiv selbstbestimmte Produktion mit den gemeinwirtschaftlichen Produktionsmitteln, Mittel hierzu sind die Arbeitskämpfe und die Löhne.

Damit wäre auch eine andere positive Rückkopplung zwischen Arbeitskämpfen und Gemeinwirtschaft möglich, die nicht Selbstausbeutung und Ausbeutung der Lohnempfänger reproduzieren müsste. Die in der Gemeinwirtschaft Beschäftigten machen den Lohnabhängigen auf dem Arbeitskräftemarkt keine Konkurrenz, d.h. umso mehr Arbeitskräfte in der Gemeinwirtschaft beschäftigt sind, umso weniger erpressbar sind die Lohnabhängigen in den Arbeitskämpfen. Umso besser sind die Chancen, das bestreikte Unternehmen entweder direkt zu sozialisieren, oder mit den durch die Arbeitskämpfe erhöhten Löhnen neue Produktionsmittel für die Gemeinwirtschaft anschaffen zu können, in der dann wieder mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden können, die noch vorher auf dem Arbeitskräftemarkt den Preis der Ware Arbeitskraft drückten und durch die in ihnen verkörperte Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes die Kampfentschlossenheit der Lohnabhängigen schwächten.

So auch von Seiten des Produktionskampfes: Die Bedürfnisse, die unmittelbar durch die von der sozialistischen Gemeinwirtschaft produzierten Gebrauchswerte befriedigt werden, sind keine Realisationsmöglichkeiten mehr für die Warenwerte der kapitalistischen Produktion. Je mehr Bedürfnisse unmittelbar gemeinschaftlich befriedigt werden, desto schwächer ist die Position des Kapitals in den Arbeitskämpfen mit seinen Lohnabhängigen, so dass in Folge noch mehr gemeinwirtschaftlich produzierte Gebrauchswerte die Bedürfnisse der organisierten Proletarisierten umfangreicher befriedigen können.

Im praktischen Sozialismus hat die Gemeinwirtschaft eine ganz andere Funktion als die, gewinnbringende Geldanlage für die Gewerkschaften zu sein. Dieser Unterschied aber muss unbedingt beachtet werden, wenn Einwände gegen den praktischen Sozialismus vorgebracht werden sollen.

Nur mit dem Vorurteil wir würden uns mit unserem Vorschlag primär an die Gewerkschaftsbürokratie richten oder doch mittels einer Mobilisierung der Mitgliederbasis versuchen, in unserem Sinne Druck auf diese auszuüben, kann der wesentliche Unterschied zwischen der historischen Gemeinwirtschaft und der Gemeinwirtschaft im praktischen Sozialismus derart hartnäckig ignoriert werden, wie es geschehen ist.

Die Gewerkschaftsbürokratie ist die Manifestation des Wesens der Gewerkschaften als Kartell. Und diese Organisationsform entspricht genau dem kleinbürgerlichen Bewusstsein der Proletarisierten, das zu ihrer Eigenschaft gehört, Besitzer ihrer eigenen Arbeitskraft zu sein, und nicht dem Bewusstsein, unmittelbare Produzenten zu sein.

Der praktische Sozialismus hat aber dieses Produzentenbewusstsein und somit nichts weniger als ein **proletarische Klassenbewusstsein**, das Hans-Jürgen Krahl einmal prägnant als ein „ans Durchschauen der Wertabstraktion gebundenes, parteiliches Totalitätsbewusstsein“ definiert hat, zur Voraussetzung. Der Sozialismus soll also von uns nicht hinter dem Rücken der Produzenten errichtet werden. Er ist die bewusste Tat des Proletariats, oder er ist überhaupt kein Sozialismus.

Allerdings meinen wir auch, dass die im praktischen Sozialismus angelegte **Dialektik von Selbst- und gesellschaftlicher Umstandsveränderung** zugleich im weiteren Verlauf die notwendigen Bedingungen dafür schaffen kann, diese ihre Voraussetzung auch als Resultat zu erzeugen.

Ein Einwand gegen den praktischen Sozialismus kann sich also nicht auf den Vorwurf stützen, dass das Wertgesetz missachtet würde und darum aus dem Scheitern der historischen Gemeinwirtschaft nichts gelernt worden wäre, sondern müsste sich gegen die gemachte Voraussetzung des proletarischen Klassenbewusstseins richten.

Wie steht es nun mit dem Vorwurf des Utopismus?

Voluntarismus ist für uns kein **Utopismus**. Wir bekennen uns zum Voluntarismus, und leugnen dabei nicht die historisch-gesellschaftliche Bedingtheit des revolutionären Willens, wohl aber meinen wir, dass es ohne willentliche Tat keine Veränderung dieser Bedingungen geben wird, und auch, dass die gesellschaftliche Veränderung nur so weit reichen kann, wie der Wille zu ihr tatsächlich hinreicht. Fehlen also die nicht willensabhängigen Bedingungen zur Verwirklichung des praktischen Sozialismus?

Zunächst wäre hier auf die lange Tradition von Fabrikbesetzungen, aktiven und produzierenden Streiks und auf die Erfahrungen einer dauernden Produktion unter Arbeiterselbstverwaltung hinzuweisen, eine Tradition, die bis in die Gegenwart reicht. Aber es scheint sinnvoller, auf den Vorwurf des Utopismus mit allgemeinen Überlegungen als mit Beispielen für die Realität der Möglichkeit zu antworten, und mögen sie noch so zahlreich sein. Auf eine Haltung, die meint, der praktische Sozialismus sei unmöglich, und die nur dessen Verwirklichung als Gegenbeweis anzuerkennen bereit wäre, kann argumentativ natürlich gar nicht eingegangen werden.

Wenn aber dem Möglichen sein Recht gelassen werden und nicht alles außer dem faktisch Bestehenden utopisch genannt werden soll, dann böte sich als Kriterium die Unterscheidung an, ob die objektiven Bedingungen für die Realisation einer Sache bereits bestehen oder erst geschaffen werden müssten. Würde Letzteres auch für den praktischen Sozialismus gelten, so wäre fraglos auch der Vorwurf des Utopismus berechtigt und unbedingt ernst zu nehmen. Akzeptiert man also dieses Unterscheidungskriterium für unsere Frage, dann ist, neben dem Klassenbewusstsein die praktische Solidarität der Lohnabhängigen mit den Arbeitslosen sicher die wichtigste Bedingung, diese Solidarität besteht aber faktisch schon. „**Sozialismus in einer Klasse**“ nennt der Politologe Fritz W. Scharpf die staatliche Arbeitslosenversicherungen. Diese faktische Solidarität ist aber natürlich nicht selbstorganisiert sondern durch den Staat vermittelt, der seinem Wesen nach das allgemeine Interesse des Kapitals und nicht das objektive Interesse der Proletarisierten vertritt. Was bleibt ist die Frage nach dem proletarischen Klassenbewusstsein.

Wir richten uns mit unserem Vorschlag des praktischen Sozialismus an **die Linke**. Wobei wir unter der Linken nichts anderes verstehen als die klassenbewussten Individuen innerhalb des gesellschaftlichen **Gesamtarbeiters**. Auch diese, die erste Voraussetzung existiert also, wenn auch vielleicht nicht so, wie der, der nach ihr fragt, sich ihre konkrete Gestalt vorgestellt haben mag. Das Klassenbewusstsein ist nicht schon von vornherein das Bewusstsein der Massen. Es gibt aber weder einen Grund zur Anbietung ans Massenbewusstsein, noch einen Grund zur Verachtung gegenüber dem massenhaften Fehlen an Klassenbewusstsein. Entscheidend ist vielmehr die **gemeinsame Klassenlage**, denn nur wenn das Klassenbewusstsein praktisch die Probleme lösen hilft, vor die sich die Proletarisierten in ihrer sozialen Lage alltäglich gestellt sehen, nur dann handelt es sich um relevantes Wissen. Ein Wissen, das sich anzueignen lohnt und darum auch tatsächlich wertvoll ist. Nur wenn die Linke das Wissen um die Totalität der bürgerlichen Gesellschaft praktisch und parteilich mit dem eigenen Alltagsleben und den darin auftauchenden verallgemeinerbaren Problemen vermittelt, hat sie den Massen überhaupt etwas zu sagen und haben die Massen auch einzig Grund, ihr zuzuhören.

2.Frage:

Revolutionierung des Alltags – wenn sich damit für die Linke, mit einem Satz aus Krahl und Dutschkes gemeinsamen Organisationsreferat gesprochen, „das Problem der Organisation als Problem **revolutionärer Existenz**“ stellt, dann ist damit untrennbar die Frage verbunden, in welchem Verhältnis individuelle Bedürfnisse zu den Anforderungen des politischen Kampfes stehen sollen? Das ist nun aber die Frage nach dem schon erwähnten politischen Realitätsprinzip.

Das **Glück des Einzelnen** muss unzweifelhaft letzter Maßstab eines wirklichen Fortschritts sein, wenn der Sozialismus den Kapitalismus nicht an Unmenschlichkeit übertreffen soll. Aber woran soll sich das Glück des Einzelnen bemessen?

Hans-Jürgen Krahl hat in diesem Zusammenhang zu Recht daran erinnert, dass „sich die repressive Abstraktion von der empirischen Subjektivität, also das allgemeine Interesse der Gesellschaft als partikulares des Kapitals hinter dem Rücken (...) der Individuen“ eben „nicht unter Verzicht auf, sondern“ gerade „unter“ rücksichtsloser „Verfolgung der verabsolutierten Einzelegoismen durchsetzt“, dass sich also Fremdbestimmung und Egoismus gegenseitig bedingen. „Durch die Verfolgung der im Gegensatz zu denen der anderen bestimmten eigenen Interessen schadet der Egoismus der Einzelnen ihren allgemeinen Interessen und so auch mittelbar dem Einzelnen.“ Was wir hier unter **politischem Realitätsprinzip** verstehen, kann also das „allgemeine Interesse“ und die individuellen Bedürfnisse nicht als abstrakte Gegensätze behandeln, die dann erst mit einander vermittelt werden müssten.

Wir meinen mit Realitätsprinzip etwas anderes und nichts weiter, als die Einsicht in die Realität und den Kontakt zu ihr. Was kann aber das Phänomen der „Rationalitätenfalle“, das Krahl anspricht, für eine andere Einsicht in die Ordnung der Realität vermitteln, als die, dass es im Guten wie im Schlechten keinen solchen Gegensatz gibt? Auch wenn, wie bei egoistischem Verhalten, dieser Gegensatz durch das Verhalten der Einzelnen gesetzt wird, so hebt er sich doch, wenn auch nicht unmittelbar für den Einzelnen wahrnehmbar, in den durch dieses Verhalten verursachten Wirkungen sogleich wieder auf. Dadurch, dass diese Realität sich dem Einzelnen nur in den seltensten Fällen in unmittelbarer Anschauung, meist aber nur durch Reflektion eröffnet, stellt sie ihn vor die Aufgabe sich zu bilden, d.h. die durch Reflektion gewonnene vernünftige Einsicht zur Grundlage auch seines spontanen Verhaltens werden zu lassen. Das ist das Zentrum dessen, was Rudi Dutschke einst die Notwendigkeit zur „**Revolutionierung der Revolutionäre**“ genannt hat.

Der angesichts der abschreckenden Geschichte des autoritären Sozialismus verständliche spontane Verdacht, es könnte die viel beschworene „Realität“ auch nur wieder ein Vorwand sein, um dem Einzelnen im Namen einer hypostasierten Allgemeinheit Verzicht zu predigen und später auch tatsächlich aufzuerlegen, darf also nicht zu einem trotzigem Beharren auf **Spontaneität** und die unmittelbare Befriedigung unreflektierter eigener Bedürfnisse führen. Denn wie Hans-Jürgen Krahl richtig feststellt, ist „der Zerfall des emanzipatorischen Vernunftinteresses (...) notwendig begleitet von einem Zerfall des Theoriebewusstseins und der Fähigkeit zur Abstraktion.“ Vor der Perversion des Sozialismus, der das Glück des Einzelnen zum Zweck hat, in die erneute Diktatur eines „abstrakt Allgemeinen“ schützt kein Generalverdacht gegen Organisation überhaupt. Letztlich wäre das die Haltung eines reinen Konsumentenbewusstseins. Die eigenen denkerischen und praktischen Anstrengungen, die eigene Beurteilung jeder einzelnen konkreten Situation entscheiden, ob die „Organisation des politischen Kampfes die bestimmte Negation der kapitalistischen Gesellschaftsformation in ihrem eigenen solidarischen Verkehr material ausdrücken“ kann, und ob sie, um noch einmal Krahl zu zitieren, tatsächlich „die **Antizipation der befreiten Gesellschaft**“ ist.

Diejenigen, die ihren Alltag nach dem sozialistischen Prinzip gestalten, beginnen einen offenen Lernprozess, in dem teilweise auch jene Wünsche und Erwartungen revidiert werden müssen, die ihre **Entscheidung** für die sozialistische Praxis mitmotivierten, während andere **Hoffnungen** und Wünsche entstehen.

3.Frage:

Was hier zu den „isolierten Emanzipationsbedürfnissen“, zu den „Einzelegoismen“ gesagt wurde, gilt auch prinzipiell für Gruppenegoismen. Damit beantwortet sich zu einem guten Teil auch die Frage, in welchem Verhältnis der praktische Sozialismus zu dem steht, was oftmals unter dem Stichwort „**Nebenwidersprüche**“ behandelt wurde?

Wir gehen von einem **Begriff gesellschaftlicher Totalität** aus. Deshalb gibt es für uns auch keine „Nebenwidersprüche“, denn wir halten es für falsch, einzelne Widersprüche zu verabsolutieren. Aus demselben Grund meinen wir aber auch, dass die einzelnen gesellschaftlichen Widersprüche nicht in eine endlose Reihe nebeneinander gestellt werden sollten, auch wenn sie so für sich genommen alle untereinander gleich wichtig sind. Diese Vorgehensweise hat sich verheerend auf die Entwicklung der antiautoritären Bewegung ausgewirkt. Worauf es ankommt, ist die konkrete Totalität als die **Einheit der Widersprüche**. Es scheint banal, aber nur mit diesem Verständnis gesellschaftlicher Realität lässt sie sich auch als Ganzes in Frage stellen. Jeder andere Ansatz und mag er sich noch so radikal gebärden, ist integrierbar und affirmiert letztlich das Bestehende. In welchem Verhältnis die einzelnen Widersprüche zueinander stehen und eine Gesamtheit bilden, muss diskutiert werden. Das Hans-Jürgen-Krahl-Institut wird in einer seiner nächsten Veröffentlichungen den von ihm entwickelten Begriff von bürgerlicher Gesellschaft im Zusammenhang zu entfalten versuchen und zur Debatte stellen. Letzen Aufschluss über die konkreten Zusammenhänge aber gibt die zu reflektierende Praxis, die nach dem sozialistischen Prinzip den **empirischen Einzelnen** und sein Glück ins Zentrum setzt. Im Verlauf dieser Praxis begegnen dem Einzelnen ausnahmslos alle gesellschaftlichen Widersprüche in einer für seine Zielsetzung kollektiver Selbstbestimmung relevanten Weise. Denn der empirische Einzelne, d.h. der Einzelne, verortet innerhalb der gesellschaftlichen Totalität, die alltäglich tausendfältig auf ihn einwirkt und auf die auch er selbst unentwegt zurückwirkt, dieser Einzelne ist selbst, um mit Marx zu sprechen, jenes „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“, das zu begreifen ist.

Und so lässt sich doch noch, vor aller notwendigen Diskussion, etwas Bestimmtes über das Verhältnis des praktischen Sozialismus zu den so genannten „Nebenwidersprüchen“ sagen. Die bewusste historische Produktion, die Produktion von Produktionsverhältnissen und Verkehrsformen ist gleichermaßen die allgemeine Bedingung aller angestrebten einzelnen emanzipatorischen Veränderungen. Der praktische Sozialismus wird nur, um es zu wiederholen, die Verlaufsform dieser einzelnen Veränderungen sein, sie selbst aber machen seinen konkreten Inhalt aus.

4.Frage:

Das berührt auch die Frage nach dem inneren Aufbau des praktischen Sozialismus. Denn an den praktischen Sozialismus als Verlaufsform von Sozialisierungen stellen sich bestimmte Anforderungen, denen sein innerer Aufbau begegnen muss.

a. Der praktische Sozialismus als eine Bewegung der Wiederaneignung der Produktionsmittel durch die unmittelbaren Produzenten, kann sich nur entlang der bestehenden Arbeitsteilungsverhältnisse, entlang der bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse der Unternehmen untereinander ausbreiten. Auch wenn mit Sicherheit neue Beziehungen geknüpft, alte gekappt werden müssen, bleibt doch die Struktur eines basalen Beziehungsgeflechtes erhalten. Der innere Aufbau einer solchen einheitlichen proletarischen Organisation ist darum auch nur **rätedemokratisch** sinnvoll denkbar.

b. In welchem Verhältnis müssen dann aber die Organisation als Ganzes zu ihren einzelnen Einheiten, den revolutionierten Betriebsräten in der Frage von Eigentum und Verfügungsrecht über die Produktionsmittel stehen? Unsere Überlegungen dazu lehnen sich stark an die Vorstellung der „**industriellen Autonomie**“ an, wie sie Karl Korsch in seiner kleinen Schrift

„Was ist Sozialisierung“ entwickelt hat. Dort schreibt er: „Industrielle Autonomie besteht darin, dass in jeder Industrie als Ausüßer der Herrschaft über den Produktionsprozess an die Stelle des bisherigen Privateigentümers oder der von ihm eingesetzten Produktionsleiter die Vertreter aller arbeitenden Produktionsbeteiligten treten, während gleichzeitig die schon dem privatkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln durch die staatliche „Sozialpolitik“ aufgenötigten Einschränkungen des Eigentums zu einem effektiven Obereigentum der Gesamtheit weiter entwickelt werden.“

c. Auch wenn die Gesamtheit als „Obereigentümer“ in einer rätendemokratischen Organisation keiner eigenen politischen Repräsentation bedarf, wird doch, aufgrund der permanenten, sich im Laufe der Sozialisierung noch steigernden Gefahr von Reaktion und Konterrevolution, eine **Doppelstrategie** unvermeidlich sein. Wir kehren damit zum Ausgangspunkt und der Frage nach der „organisierten Gewalt der Gesellschaft“ zurück. Nur eine friedliche Revolution, die mit ihren Mitteln nicht schon im Vorhinein ihre eigenen Ziele diskreditiert, hat Aussicht, sich in einer, tatsächlich über langwierige Lernprozesse veränderten Struktur der Massenindividuen selbst zu verankern und nicht nur oberflächlich eine Gewalt über den Einzelnen durch eine andere zu ersetzen, einfach weil der Einzelne in der gewaltsamen Revolution nicht lernen konnte, sich selbst zu regulieren. Auch wird jedwede Form der politischen Auseinandersetzung letztlich über die Massenbasis und deren ökonomische Macht entschieden, so dass ganz unzweifelhaft der „wirklichen Bewegung“ der Sozialisierungen auch in dieser Frage der Primat zugesprochen werden muss. Sie bildet als sich entwickelnde „Gegengesellschaft“ den eigentlichen **Antagonismus** zur kapitalistischen.

Wie kann aber der Ranküne, die sich der praktische Sozialismus von Seiten der Herrschenden unweigerlich zuziehen wird, adäquat begegnet werden? Gespannt verfolgen wir die gegenwärtigen Ereignisse in Südamerika, und in Venezuela insbesondere. Natürlich darf ein solches internationales Beispiel nicht wieder zur Projektionsfläche eigener Wünsche werden. Uns geht es aber dabei konkret vor allem um die dortige Konstellation, in der eine sozialistische Regierung bewusst nur den nötigen Rahmen bereitstellen will für den Prozess der Massen, die Sozialisierung von unten und diese Regierung zugleich im Kampf mit der alten Bürokratie auch selbst von diesem Prozess, den sie eben nur protegieren kann, abhängig ist.

Wir halten in diesem Zusammenhang Dutschkes Idee eines „**langen Marsches durch die Institutionen**“ für weiterhin aktuell. Damit sich jeder davon überzeugen kann, dass es sich dabei ursprünglich nicht um einen Ausdruck zur rationalisierenden Rechtfertigung von Karrierismus und Opportunismus ehemaliger Linker handelt, wie er heute zumeist gebraucht wird, soll Dutschke hier zu diesem Thema abschließend noch einmal selbst zu Wort kommen:

„Ich bin auch für eine Doppelstrategie, die ist unerlässlich. Aber wir sind uns darüber noch nicht klar geworden, wie sie im Einzelnen aussieht. Wenn ich mal vom langen Marsch durch die Institutionen gesprochen habe, das heißt ja auch Parteien, Parlament und andere Institutionen, dann heißt es aber, dass der radikale außerparlamentarische Kern als Moment von **Gegengesellschaft**, als Moment von **neuer Gesellschaft** erhalten bleibt und eine subversive Verwertung der Widersprüche in den bestehenden Institutionen durchführt mit dem Ziel und dem Zwecke der Zerstörung und der Aufweichung der etablierten Apparate. Das heißt, dass eine Zusammenarbeit zwischen außerparlamentarischer und innerparlamentarischer, genauer: innerinstitutioneller Arbeit stattfindet, dass wir die Zusammenarbeit mit den subversiven Elementen innerhalb des Establishments zum Beispiel ganz intensiv durchführen und so eine Doppelstrategie entwickeln, die es uns ermöglicht, aus der **Minderheitsposition** herauszukommen und schließlich und endlich **bewusste Mehrheiten** innerhalb dieses Landes zu erreichen.“